



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschuss
Sitzungsnummer	UVE/017/2013
Datum	Dienstag, den 19.02.2013
Sitzungsbeginn	18:35 Uhr
Sitzungsende	20:55 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend:

vom Gremium

Dr. Barbara Greis	Ausschussvorsitzende	Bündnis 90/Die Grünen
Christopher Bursukis	Stadtverordneter	SPD
Waldemar Droß	Stadtverordneter	SPD
Dr. Karl Ihmels	Stadtverordneter	SPD
Ingeborg Koster	Stadtverordnete	SPD
Christian Cloos	Stadtverordneter	CDU; ab 19.20 Uhr
Michael Hundertmark	Stadtverordneter	CDU (i.V.f. Stv. Lang)
Dennis Schneiderat	Stadtverordneter	CDU
Gudrun Borchers	Stadtverordnete	Bündnis 90/Die Grünen (i.V.f. Stve. Öztürk); bis 19:50 Uhr
Erich Lautz	Stadtverordneter	FW
Herbert H.G. Wolf	Stadtverordneter	FDP

vom Magistrat

Harald Semler	Stadtrat
Norbert Kortlüke	Stadtrat

von der Verwaltung

Manfred Schieche	Büro des Magistrats
Tobias Wein	Rechtsamt
Karl-Ernst Schaub	Planungs- und Hochbauamt
Markus Heller	Tiefbauamt
Sven Torben Tropp	Tiefbauamt
Thomas George	Stadtbetriebsamt/Revierförster

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung

Herr Gerner, als Schriftführer
Frau John

AV Dr. G r e i s eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden dass der Ausschuss mit 10 Mitgliedern beschlussfähig ist.

AV Dr. G r e i s hieß den neuen Stadtrat **Norbert Kortlüke** im Ausschuss willkommen.

Die Ausschussmitglieder bestätigten einstimmig die nachstehende

Tagesordnung:

- 1 **Bebauungsplan Nr. 8 "Dillfeld" 2. Änderung in Wetzlar
Satzungsbeschluss
Vorlage: 1290/13 - I/282**
- 2 **Satzung zur Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich
der 1. Änderung des Bebauungsplanes Hermannstein Nr. 6 "Gewerbegebiet
Neuer Weg"
Vorlage: 1269/12 - I/283**
- 3 **Bebauungsplan Nr. 298 "Nachtigallenpfad" in der Kernstadt Wetzlar
Entwurfsbeschluss
Vorlage: 1268/12 - I/285**
- 4 **Bebauungsplan Nr. 408 "Südlich Lahnbergweg"
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 1318/13 - I/287**
- 5 **Bebauungsplan Nr. 407 "Wahlheimer Weg" / Bebauungsplan Nr. 408 "Süd-
lich Lahnbergweg" - verkehrstechnische Erschließung
Vorlage: 1323/13 - I/291**
- 6 **Ausbau des Steighausplatzes - Integration eines behindertengerechten
Laufbandes in den neuen Pflasterbelag -
Vorlage: 1317/13 - I/286**
- 7 **Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt
Wetzlar - Straßenbeitragssatzung -
Vorlage: 1185/12 - I/284**
- 8 **Entwurf des Regionalen Nahverkehrsplanes des Rhein-Main-
Verkehrsverbundes
Vorlage: 1321/13 - I/290**

- 9 Planung Westtangente**
Vorlage: 1238/12 - I/273
- 10 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 22.01.2013**
- 11 Verschiedenes**

Zu 1 Bebauungsplan Nr. 8 "Dillfeld" 2. Änderung in Wetzlar
Satzungsbeschluss
Vorlage: 1290/13 - I/282

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 10.0.0

Zu 2 Satzung zur Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbe-
reich der 1. Änderung des Bebauungsplanes Hermannstein Nr. 6 "Gewer-
begebiet Neuer Weg"
Vorlage: 1269/12 - I/283

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 10.0.0

Zu 3 Bebauungsplan Nr. 298 "Nachtigallenpfad" in der Kernstadt Wetzlar -
Entwurfsbeschluss
Vorlage: 1268/12 - I/285

(gemeinsame Beratung mit TOP 4 und 5; Protokollierung s. TOP 5)

Zu 4 Bebauungsplan Nr. 408 "Südlich Lahnbergweg"
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 1318/13 - I/287

(gemeinsame Beratung mit TOP 3 und 5; Protokollierung s. TOP 5)

Zu 5 Bebauungsplan Nr. 407 "Wahlheimer Weg" / Bebauungsplan Nr. 408 "Südlich Lahnbergweg" - verkehrstechnische Erschließung
Vorlage: 1323/13 - I/291

(gemeinsame Beratung mit TOP 3 und 4)

StR S e m l e r stellte die im Entwurf bestehenden Bebauungspläne vor, informierte über die derzeitige Situation und wies auf mehrere umstrittene Bauvorhaben in diesen Gebieten hin, bei denen juristische Auseinandersetzungen nicht auszuschließen seien.

Er teilte zu **TOP 3** (B-Plan Nr. 298 „Nachtigallenpfad“) mit, dass der Aufstellungsbeschluss aus dem Jahr 2005 als vorhabenbezogener Bebauungsplan gefasst worden sei, der im weiteren Verfahren als Regelbebauungsplan aufgestellt werden solle. Ziel des B-Planes sei die Ausweisung eines „Allgemeinen Wohngebietes“ auf einer 1.150 qm großen Teilfläche zwischen Nachtigallenpfad, Wahlheimer Weg und Philosophenweg. Auf dem Grundstück, das über den Nachtigallenpfad erschlossen werden solle, wolle eine Eigentümergemeinschaft drei Wohnhäuser bauen.

Zu **TOP 4** (B-Plan Nr. 408 „Südlich Lahnbergweg“) ging StR S e m l e r auf die Historie ein. Die Stadtverordnetenversammlung habe am 09.02.2011 die Aufstellung des B-Planes Nr. 407 „Wahlheimer Weg“ im beschleunigten Verfahren beschlossen. Anschließend sei das einschlägige Bauleitplanverfahren durch die Verwaltung sorgfältig und voll umfänglich abgearbeitet worden. Mit Beschluss vom 15.06.2011 habe die Stadtverordnetenversammlung den Vollzug des im Entwurf bestehenden Bebauungsplanes ausgesetzt. Gleichzeitig habe das Stadtparlament den Magistrat unter anderem aufgefordert, einen neuen Aufstellungsbeschluss vorzubereiten, mit dem der noch bestehende Beschluss aufgehoben werde (siehe Begründung der Beschlussvorlage auf S. 3 / 5). StR S e m l e r führte weiter aus, dass der Beschluss aus 2011 zur Aufstellung des B-Planes Nr. 407 jetzt aufgehoben und der Einleitung des Verfahrens zum neu aufzustellenden B-Plan Nr. 408 „Südlich Lahnbergweg“ zugestimmt werden solle.

Für das Gebiet zwischen Lahnbergweg und der Straße Am Feldkreuz bestehe derzeit kein rechtskräftiger Bebauungsplan. Das Plangebiet weise eine heterogene Wohnstruktur auf, die sich von ein- bis zweigeschossigen Einfamilienhäusern über Mehrfamilienhäuser bis hin zu großzügiger Villenbebauung erstrecke. Bisherige Rechtsgrundlage zur Beurteilung von Bauvorhaben sei § 34 BauGB gewesen (unbeplanter Innenbereich). Dies habe teilweise zu ungewollten Ergebnissen geführt. Ziel des neuen Bebauungsplanes sei eine geordnete städtebauliche Entwicklung.

Neben der Vorbereitung eines neuen Aufstellungsbeschlusses sei der Magistrat durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15.06.2011 aufgefordert worden, zeitgleich ein Konzept für die verkehrliche Erschließung vorzulegen. Dies erfolge mit der Beschlussvorlage unter **TOP 5**, so StR S e m l e r. Die ausschließliche Verkehrsanbindung über den Wahlheimer Weg sei eine „Kanalsituation“, der Knoten am Goethebrunnen habe bereits die Grenze seiner Leistungsfähigkeit erreicht. Als Alternative zu Kreisverkehr oder Lichtsignalanlage empfehle der Magistrat eine weitere Prüfung der verkehrlichen Erschließung des Bereiches „Südlich Lahnbergweg“ über den Brückenborn, die den Ausbau des Wirtschaftsweges zwischen Brückenborn und Am Feldkreuz parallel zum Lerchenweg (Trasse 1) einschließe (geschätzte Kosten: ca. 550.000 €).

StR S e m l e r betonte abschließend, dass es sinnvoll sei, das gesamte noch unbeplante Gebiet am Lahnberg - quasi als Lückenschluss - zu überplanen und den Fokus nicht nur auf den B-Plan Nr. 407 „Wahlheimer Weg“ zu richten. Vor dem Hintergrund der gesetzlichen Bestimmungen stelle sich vermutlich auch nur dies als rechtmäßig dar. Die immer wieder von Einzelnen geforderte Festschreibung der Wohnbebauung auf die Geschossigkeit/Anzahl der Wohneinheiten sei aufgrund der vorhandenen, heterogenen Wohnstruktur nicht in den Aufstellungsbeschluss aufgenommen worden. Dies festzulegen sei Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung. Er empfehle, den Vorlagen zu TOP 3 - 5 in der eingebrachten Form zuzustimmen.

Stv. Dr. I h m e l s beantragte, die Gebiete Nr. 407 und Nr. 408 als getrennte Bebauungspläne im Aufstellungsverfahren auszuweisen, so wie es auch ursprünglich konzipiert gewesen sei. Die beiden Bereiche seien sehr unterschiedlich strukturiert, außerdem könne Nr. 407 (Wahlheimer Weg) aufgrund der Baulandnachfrage alleine schneller realisiert werden.

StR S e m l e r wies darauf hin, dass es in beiden Gebieten wenig Homogenität bei der Bebauung gebe. Im Hinblick auf die Strukturen der Gebäudekörper sowie die vorhandenen Zuwegungen seien zwei zeitgleich aufgelegte Bebauungspläne nicht nachvollziehbar. Man solle sich außerdem bei der Beurteilung nicht nur auf ein kleines Gebiet konzentrieren, sondern müsse den gesamten Bereich im Blickfeld behalten. Er halte das Interesse von Einzelnen grundsätzlich für wichtig, am Ende gehe es aber um das Gesamtinteresse, so StR S e m l e r.

AV Dr. G r e i s unterbrach auf Antrag des Stv. D r o ß die Sitzung für 15 Minuten.

An die Ausschussvorsitzende gerichtet stellte Stv. H u n d e r t m a r k die Frage, ob von Mitgliedern des Umweltausschusses im Vorfeld der Sitzung ein möglicher Widerstreit der Interessen gem. § 25 HGO angezeigt worden sei; dies wurde von AV Dr. G r e i s verneint. Stv. Dr. I h m e l s erklärte, dass er nicht in dem beplanten Gebiet wohne, daher sei er nicht befangen.

Abstimmung zu **TOP 3** (Drucksachen-Nr. 1268/12 - I/285): 9.0.2

Abstimmung **Antrag Dr. Ihmels** (getrennte B-Pläne 407 und 408): 2.7.2

Abstimmung zu **TOP 4** (Drucksachen-Nr. 1318/13 - I/287): 8.1.2

Abstimmung zu **TOP 5** (Drucksachen-Nr. 1323/13 - I/291): 10.0.1

Zu 6 Ausbau des Steighausplatzes - Integration eines behindertengerechten Laufbandes in den neuen Pflasterbelag - Vorlage: 1317/13 - I/286

StR S e m l e r teilte mit, dass beim Ausbau des Steighausplatzes ein behindertengerechtes Laufband aus Betonsteinpflaster in analoger Bauart zur Alten Lahnbrücke integriert werden soll (Kosten: rd. 10.000 €). Das Laufband sei an der Barfüßerstraße entlang bis zum Schillerplatz auf einer Gesamtlänge von 85 Metern vorgesehen. Das reiche aber nicht ganz aus, um eine Lücke zum Schillerplatz, wo sich bereits barrierefreies Pflaster befinde, zu schließen. Im Laufe der Maßnahme solle diese Lücke entweder aus den zur

Verfügung stehenden Haushaltsmitteln finanziert werden oder es sei erforderlich, eine neue Vorlage in den Geschäftsgang zu geben.

Stv. **H u n d e r t m a r k** erkundigte sich nach den voraussichtlichen Kosten des Lückenschlusses. StR **S e m l e r** ließ wissen, dass er eine Beantwortung bis zum nächsten Bauausschuss anstrebe.

Stv. **H u n d e r t m a r k** stellte den Antrag, die erforderlichen Mittel für den Lückenschluss in den Nachtrag einstellen zu lassen. Stv. **D r o ß** erklärte, dass der Magistrat einen evtl. Mittelmehrbedarf im Laufe der Baumaßnahme erkennen und diesen zum Nachtrag anmelden könne; einen Antrag halte er nicht für hilfreich. StR **S e m l e r** schlug vor, dass der Umweltausschuss während der Maßnahme Steighausplatz über die Mittelentwicklung für den Lückenschluss informiert werde. Hierüber bestand Einvernehmen im Ausschuss, Stv. **H u n d e r t m a r k** zog seinen Antrag zurück.

Stv. **W o l f** bat, auch die Situation am Kreuzungspunkt Schillerplatz/Silhöfer Straße in die Überlegungen einzubeziehen. StR **S e m l e r** sagte zu, dass dieser Hinweis aufgenommen und zu Protokoll gegeben werde. Es werde zeitgleich ein Vorschlag folgen.

Stv. **D r o ß** suchte zu erfahren, warum solche Überlegungen beispielsweise nicht bei der Pflasterung in der Hauser Gasse berücksichtigt worden seien. StR **S e m l e r** sah einen möglichen Grund bei den Kosten für die Maßnahme. Er gehe davon aus, dass man bei zukünftigen Planungen einen anderen Weg gehen könne.

Auf die Frage des Stv. Dr. **I h m e l s**, ob die Pflasterfugen mit speziellem Sand ausgefüllt werden können, antwortete StR **S e m l e r**, dass dieses Thema noch nicht abgeschlossen und bisher keine Zufriedenheit eingekehrt sei.

Abstimmung: 10.0.0

Zu 7 Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenbeiträgen in der Stadt Wetzlar - Straßenbeitragssatzung - Vorlage: 1185/12 - I/284

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 10.0.0

**Zu 8 Entwurf des Regionalen Nahverkehrsplanes des Rhein-Main-Verkehrsverbundes
Vorlage: 1321/13 - I/290**

Stv. **S c h n e i d e r a t** bat um eine kurze Berichterstattung zur Thematik.

Herr **S c h i e c h e** berichtete, dass der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) ein Zusammenschluss der 26 Landkreise und Städte über 50.000 Einwohner in Süd- und Mittelhessen sowie des Landes Hessen zur Organisation des Öffentlichen Personennahverkehrs in diesem Raum sei. Nach dem hessischen ÖPNV-Gesetz seien die Verkehrsver

bünde verpflichtet, einen Regionalen Nahverkehrsplan (RNVP) aufzustellen, der Aussagen über die Qualität und künftige Entwicklung des Nahverkehrs beinhalten müsse und dessen Planung und Fortentwicklung ermögliche. Der Planentwurf umfasse auf 315 Seiten eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Situation des Regionalverkehrs im RMV.

Die Stellungnahme der Stadt Wetzlar umfasse Aussagen zu:

- Zukunft des Regionalverkehrs
- Infrastrukturmaßnahmen im Schienenpersonennahverkehr - SPNV (Stationsentwicklung)
- SPNV-Angebot
- Finanzierung des SPNV
- Vertrieb und eTicket

Abstimmung: 10.0.0

Zu 9 Planung Westtangente Vorlage: 1238/12 - I/273

Stv. Wolf wies darauf hin, dass die vorliegenden Erläuterungen sich mehr auf den Westanschluss als auf die Westtangente beziehen. Er sehe die Notwendigkeit einer innerstädtischen Verkehrsentlastung und bitte, dem Antrag zuzustimmen.

Die Planungen für die Westtangente mit einem hohen, zweistelligen Millionenbetrag aufzunehmen, erscheine ihm etwas zu ambitioniert, erklärte Stv. Dröß vor dem Hintergrund der derzeitigen Haushaltssituation der Stadt. Der Sachstandsbericht liege vor, aber ein Umsetzungskonzept inklusive Zeit- und Finanzplan halte er derzeit für nicht leistbar. Er schlage daher vor, den Antrag in der vorliegenden Form abzulehnen.

An den Stv. Wolf gerichtet hob StR Semler hervor, dass die Planung des Westanschlusses eine Westtangente nicht ausschließe.

Abstimmung: 5.5.0

Zu 10 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 22.01.2013

Mitteilungen

Keine Wortmeldungen.

Anfragen

Park-and-Ride-Plätze Bahnhofsgelände Dutenhofen - Fotomaterial -

StR Kortlüke bezog sich auf den Hinweis des Stv. Cloos aus der letzten Sitzung des Umweltausschusses und teilte mit, dass eine ausführliche Expertise des Rechtsamtes

zur Rechtmäßigkeit des Fotomaterials vorliege, aus der hervorgehe, dass fehlerhaftes und vorwerfbares Handeln seitens der verantwortlichen Personen der Stadt Wetzlar nicht erkennbar sei. Die Stellungnahme ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Kanal-TÜV

StR S e m l e r kam auf die Anfrage von AV Dr. Greis vom 22.01.2013 zurück und verlas eine Stellungnahme des Fachamtes. Diese ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Ölteppich auf der Lahn

StR S e m l e r nahm Bezug auf die Anfrage von AV Dr. Greis aus der letzten Sitzung des Umweltausschusses. Er teilte mit, dass ein Passant am 21.01.2013 einen Ölteppich auf der Lahn hinter dem Modehaus Adler gemeldet habe. Die Feuerwehr Wetzlar habe die erforderlichen Erstmaßnahmen eingeleitet, um eine Ausbreitung zu verhindern. Bei der Einlaufstelle handele es sich um den alten Verbindungskanal zwischen der Dill und der Lahn, der teilweise offen über das Areal der Firmen Edelstahl und Duktus führe. Die Untere Wasserbehörde und die Polizei, Abt. Umwelt, seien zeitnah an der Einsatzstelle gewesen und hätten Ermittlungen aufgenommen. Ein Verursacher habe bis zum heutigen Tag nicht ermittelt werden können.

Poller Schwarzadlergasse/Fischmarkt

StR S e m l e r beantwortete die Anfrage des Stv. Wolf vom 22.01.2013. Das Fachamt habe mitgeteilt, dass es sich um einen Elektronikschaden handele. Es müsse ein Bauteil ausgetauscht werden, welches bereits bestellt sei. Ein Austausch erfolge bei geeignetem, frostfreiem Wetter.

Geschwindigkeitsüberschreitungen Karl-Kellner-Ring

Stv. W o l f wies erneut auf häufige Geschwindigkeitsüberschreitungen auf dem Karl-Kellner-Ring hin, insbesondere aus Richtung Neustadt kommend. Stv. H u n d e r t m a r k schlug vor, dem Ausschuss die Ergebnisse von Geschwindigkeitsmessungen zukommen zu lassen, ähnlich wie beim Ortsbeirat Nauborn bereits praktiziert.

Bebauungsplan Nr. 1 Münchholzhausen „Die Herrenwiese“, 1. Änderung

Stv. C l o o s richtete an StR Semler die Frage, warum die am 04.02.2013 im Magistrat behandelte Vorlage 1294/13 nicht im Ausschuss thematisiert worden sei. StR S e m l e r antwortete, dass dies in der nächsten Sitzungsrunde erfolgen werde.

Versetzung von Ortsschildern

Stv. H u n d e r t m a r k nahm Bezug auf die Versetzung des Ortsschildes in Münchholzhausen und fragte an, ob derartige Maßnahmen bezogen auf das gesamte Stadtgebiet abgeschlossen seien oder ob noch weitere Schilder versetzt werden sollen. StR S e m l e r sagte Beantwortung zu.

Niederschrift vom 22.01.2013

Seite 6, TOP 7, letzter Absatz: AV Dr. G r e i s bat darum, den letzten Satz zu streichen. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Die Niederschrift wurde ohne weitere Wortmeldungen genehmigt.

Zu 11 Verschiedenes

Radwegekonzept

Stv. D r o ß bat für die nächste Sitzung am 16.04.2013 um Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Sachstandsbericht Radwegekonzept“.

Tagesordnung Umweltausschuss

AV Dr. G r e i s regte an, über den Sachstand des Innenstadtentwicklungskonzeptes ISEK bei Bedarf zu berichten.

Elektro-Recycling GWAB

AV Dr. G r e i s berichtete über die vor der heutigen Sitzung durchgeführte Betriebsbesichtigung und bezeichnete diese als hochinteressant.

Außenbegehungen des Umweltausschusses

AV Dr. G r e i s nannte als mögliche Ortsbegehungen während der Sommermonate den Steinbruch Malapertus, die Gebiete für Windkraftanlagen und den Lahnberg. Stv. C l o o s bat um Berücksichtigung „arbeitnehmerfreundlicher Uhrzeiten“.

AV Dr. G r e i s schloss die 17. Sitzung des Umwelt-, Verkehrs- und Energieausschusses.

Die Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

Dr. G r e i s

G e r n e r